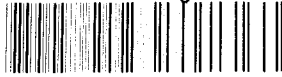


R e g l e m e n t
die
Einrichtung
der
B ü r g e r g a r d e
betreffend.

1 8 3 0

(Lablot). Code 7.29.

UB Braunschweig 84



2301-094-1

8321-034-1

Reglement

die Einrichtung

der

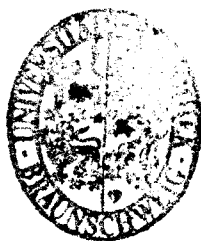
Bürgergarde in Braunschweig

betreffend.

Braunschweig,

Druck und Papier von Fr. Vieweg und Sohn.

1830.



BRITISH MUSEUM

E i n l e i t u n g.

Obwohl nach wiederhergestellter Ruhe und Ordnung in hiesiger Stadt die Dienstleistungen der Bürgergarde sehr beschränkt werden können, so zeigt doch schon ein flüchtiger Blick auf die allgemeinen Zeitereignisse, wie nothwendig es ist, in einer solchen Stellung zu beharren, welche die Erhaltung der Ordnung vollkommen sichert. Unsere Mitbürger sind darüber mit uns einverstanden, und es ist daher nur erforderlich, die Einrichtungen zu dem fernern Bestande der Bürgergarde so zu treffen, daß die Verpflichtung dazu fortwährend als eine Allen gemeinschaftliche behandelt, und gerade dadurch jedem Einzelnen erleichtert werde, daß der Dienst der Bürgergarde an feste Bestimmungen sich knüpfe, auch Jeder die strenge Befolgung derselben zu den Pflichten rechne, welche er dem Staate, der Stadt und sich selbst schuldig ist.

Im verfassungsmäßigen Wege, auch nach vorgängiger Berathung mit den Stadtverordneten und mit einem Ausschusse aus der gesammten Bürgergarde, ist demnach das nachfolgende Reglement entworfen und höchsten Orts genehmigt worden, und soll darnach strenge verfahren werden.

Art. 1.

Zweck der Bürgergarde.

Der Zweck der Bürgergarde ist der:

sie sorgt dafür, daß Ruhe, Ordnung und Sicherheit in der Stadt und deren Umgebungen erhalten werde, zu welchem Ende sie die desfalligen Verfügungen der Behörden kräftig zu unterstützen hat.

Mithin liegt es dem Corps ob, nicht nur die bestehenden Autoritäten, sondern auch jeden hiesigen Einwohner gegen Auslehnung, Beleidigung und Gewaltthätigkeit zu schützen, beson-

ders auch Rottirungen und Excesse zu verhindern, und zur Sicherstellung der Personen und des Eigenthums der Einwohner auf alle Weise beizutragen.

Art. 2.

Wer zur Theilnahme am Dienste der Bürgergarde verpflichtet, und wem dieselbe zu gestatten ist.

Zu dem Dienste in der Bürgergarde sind alle Bürger und Schutzverwandte, welche innerhalb des äußern Stadtgrabens in hiesiger Stadt wohnen, und in selbstständigen bürgerlichen Verhältnissen leben, vom vollendeten 20^{ten} bis zum zurückgelegten 50^{ten} Lebensjahre verpflichtet, jedoch so, daß, Nothfälle ausgenommen, aus jeder Familie nur eine in den Dienstjahren befindliche Person zu den Dienstleistungen herangezogen wird, auch für den Vater der über 20 Jahr alte Haussohn eintreten kann. Wenn der Vater, weil er das 50^{te} Lebensjahr überschritten hat, den Dienst nicht leistet, und einen oder mehrere Söhne, über 20 Jahr alt, bei sich im Hause hat, so geht auf einen derselben, welchen der Vater bezeichnet, die Dienstpflicht über. Söhne, welche ihre Verpflegung nicht mehr im elterlichen Hause erhalten, sondern sich selbst ernähren, sind für ihre eigene Person verpflichtet, und können nicht für den Vater oder die Geschwister eintreten, indem jede Stellvertretung auf den vorbemerkten einzigen Ausnahmefall beschränkt ist. Uebrigens ist es um so mehr wünschenswerth, daß diejenigen hiesigen Einwohner, welche ihr 50^{tes} Lebensjahr bereits überschritten haben, sich gleichwohl aber noch tüchtig zum Dienste der Bürgergarde fühlen, die ihnen bewilligte Befreiung nicht ansprechen, als gerade solche Männer durch den, unter ihren Mitbürgern in einem längern Zeitraume erlangten Einfluß, dem Institute der Bürgergarde sehr nützlich werden können. Wer aber, über 50 Jahr alt, von der ihm gebührenden Befreiung keinen Gebrauch macht, verpflichtet sich zugleich, seinen Austritt drei Monate vorher zur Anzeige zu bringen, indem durch den sofortigen Austritt Inconvenienzen erwachsen würden.

Solche hiesige Einwohner, welche an dem Dienste der Bürgergarde Theil zu nehmen wünschen, da sie dazu nach den vorstehenden Bestimmungen weder verpflichtet noch berechtigt sind, haben ihre desfalligen Anträge der im Art. 9. verordneten Commission zur Entscheidung vorzulegen.

Art. 3.

Wer von der Theilnahme befreiet, wer davon ausgeschlossen ist.

Ausgenommen von dem Dienste sind diejenigen öffentlichen Beamten, deren Dienstverhältnisse die Theilnahme nicht gestatten, jedoch nur nach Bestimmung der im 9^{ten} Art. angeordneten Commission,

die approbirten Aerzte und Wundärzte, Apotheker, Prediger, Officiere, Studierenden und Schüler,

das Theaterpersonale, Handwerksgesellen, insofern sie nicht als Hausbesitzer und Bürger zum Dienste verpflichtet sind.

Befreiet sind

die Magistrats- und Polizeidiener, und die Nachtwächter.

Dispensation findet statt wegen Krankheit, körperlicher Gebrechen und sonstiger wichtiger Entschuldigungsgründe. Dergleichen Dispensationen werden in der Regel nur temporär ertheilt.

Im Falle eines entstehenden Feuers sind die Mitglieder des Lösch- und Rettungs-Vereins, so wie die angestellten Feuerlöschungs-Gehülfen vom Dienste zu dispensiren.

Wer durch Richterspruch mit entehrender Strafe belegt, oder wegen entehrender Verbrechen bestraft gewesen ist, dem kann die Theilnahme an dem Dienste der Bürgergarde nicht gestattet werden.

Art. 4.

Einrichtung einer Dienstrolle.

Für jeden der sechs Stadtdistricte ist eine Liste über die in den Dienstjahren befindliche Mannschaft anzulegen. Es sind in solcher diejenigen besonders zu bezeichnen, welche, zufolge des Reglements, oder nach der Entscheidung der nach Art. 9. angeordneten Commission, auf Befreiung Anspruch haben, und muß die übrige Mannschaft in die besondere Rolle der Dienstpflichtigen eingetragen werden.

Art. 5.

Bildung der Compagnien.

Die dienstfähige Mannschaft eines jeden der sechs Stadtdistricte wird in Compagnien von 100 bis 150 Mann, und jede Compagnie in Sectionen von 24 Mann formirt. Die etwa schwächeren Compagnien sollen zu den Dienstleistungen, dafern es thunlich befunden wird, eine verhältnißmäßige geringere Zahl Mannschaft stellen, und überhaupt ist darauf zu achten, daß die Last des Dienstes möglichst gleichmäßig vertheilt werde.

In Ansehung der Inquilinen ist festgesetzt, daß sie stets in der Compagnie desjenigen Districts dienen, in welchem sie gerade wohnen.

Jede Compagnie erhält aus der sie bildenden Mannschaft einen Capitain, einen Staabs-Capitain, und auf jede 48 Mann zwei Lieutenants nebst 2 bis 4 Unterofficieren. Ein von jeder sonstigen Dienstleistung zu befreiendes Mitglied der Compagnie übernimmt, als deren Sergeant-Major, die Führung der Dienstrollen, welche über die Zahl der Mannschaft, und den von derselben zu leistenden Dienst u. genaue Nachweisung enthalten müssen. Außerdem liegt ihm die Aufstellung und Fortführung der Listen über die Armaturstücke ob.

Es wird vorbehalten, einige Hornisten und Tambours zur Ertheilung der nöthigen Signale zu engagiren; inzwischen dürfen dieselben nicht zum äußerlichen Gepränge, etwa beim Aufziehen der Wachen, benutzt werden.

Art. 6.

Scharfschützen.

Es soll denjenigen Personen, welche geübte Schützen sind, frei stehen, sich bei ihrer Compagnie als Scharfschützen enrolliren zu lassen. Jeder Scharfschütze muß jedoch die erforderliche Büchse, nebst einem darauf zu befestigenden Hirschfänger, so wie die bereits eingeführte Uniform, auf eigene Kosten anschaffen, und zu gemeinschaftlichen Schießübungen sich anheischig machen.

Erforderlichen Falls wird aus den Scharfschützen sämmtlicher Compagnien ein Scharfschützen-Corps zusammengezogen, welches sodann für die Dauer dieser besondern Dienstzeit,

seine Officiere und Unterofficiere aus den vorhandenen Officieren und Unterofficieren wählt.

Zu den gemeinschaftlichen Schießübungen soll den Scharfschützen ein zweckmäßiger Platz angewiesen werden.

Art. 7.

Cavallerie.

Dieserjenigen Einwohner, welche Reitpferde besitzen, können sich zu der Schwadron der berittenen Bürgergarde einzeichnen lassen, welche, nach Maßgabe ihrer Stärke, mit den erforderlichen Officieren und Unterofficieren versehen wird.

Art. 8.

Commando, Commandeur, Adjutanten.

Das gesammte Corps der Bürgergarde steht unter der Leitung des Stadt-Magistrats, und wird von einem Commandeur befehligt, welcher von 3 Adjutanten unterstützt wird.

Diese drei Adjutanten stehen zwischen dem Commandeur und den Capitains, und jedem derselben werden die Compagnien zweier Stadtdistricte zur speciellen Inspection von dem Commandeur angewiesen.

Die mit Führung der Compagnie-, Dienst- und Armatur-Rollen beauftragten Sergeant-Majors sind den Adjutanten speciell zugewiesen, welche den Inhalt der Rollen monatlich einzusehen und zu prüfen haben, um etwaige Unvollkommenheiten oder Irrthümer durch Rücksprache mit den Capitains, und mittelst deren Verfügung, abstellen zu lassen.

Wenn der Commandeur abwesend ist oder sonst behindert wird, tritt einer der Adjutanten auf seinen Befehl in dessen Stelle, ist aber die Behinderung oder Abwesenheit von längerer Dauer, so wird von sämmtlichen Capitains ein Interims-Commandeur gewählt.

Art. 9.

Commission, deren Obliegenheit und Zusammensetzung.

Die Sorge für die Aufrechthaltung des Reglements und die Beurtheilung alles dessen, was dazu, so wie zur zweckmäßigen Einrichtung und Vervollkommenung des Instituts erfor-

derlich scheint, ist einer Commission übertragen. Sie besteht aus einem Mitgliede des Stadt-Magistrats, dem Commandeur, dem Stadt-Physicus, einem der Adjutanten, zwei Capitains, einem Lieutenant, einem Unterofficier und zwei Mitgliedern der dienstthuenden Mannschaft. Jede Compagnie bestimmt dazu zwei ihrer Mitglieder, welche nach dem festgesetzten Turnus zu den Sitzungen der Commission berufen werden. Die Capitains, Lieutenants und Unterofficiere werden nach der Reihenfolge zugezogen.

Art. 10.

Reclamationen gegen den Dienst u. bei der Commission anzubringen.

Bei dieser Commission werden alle auf die Dienstleistungen sich beziehenden Reclamationen angebracht, und die gegen das Dienst-Reglement vorgekommenen Contraventionen angezeigt. Sie unterzieht sich, erforderlichen Falls unter Mitwirkung des Stadt-Magistrats, der Ausgleichung der entstandenen Streitigkeiten.

Art. 11.

Verfahren der Commission.

Die Commission versammelt sich nach Bedürfnis monatlich ein oder mehrere Male. Die Beschlüsse werden registrirt, und übernimmt, der Regel nach, das dazu gehörige Mitglied des Stadt-Magistrats die Relation, der jedesmal anwesende Adjutant aber die Führung des Protocolls.

Art. 12.

Recurs an die Gerichte.

Die Einrichtung der Bürgergarde, und die einstweilige Beibehaltung derselben, ist von der Bürgerschaft selbst nothwendig befunden, und dies auf Erhaltung der Ordnung gerichtete Reglement ist durch die Höchste Genehmigung desselben zum städtischen Statute erhoben

So lange daher das Reglement als Stadtgesetz in Kraft bleibt, ist jeder demselben Unterworfenen verbunden, durch pünctliche Beachtung des Reglements zu der Erreichung des gemeinsamen Zwecks beizutragen, widrigenfalls ihn die Ahndungen treffen, welche die Nichtbeachtung gesetzlicher Bestimmungen, je nachdem diese im höheren oder geringeren Maaße überschritten sind, treffen. Im Falle daher entstandene Streitigkeiten und andere Vorfälle auf sonstigem Wege nicht zu schlichten oder beizulegen sind, steht die Entscheidung darüber, wie bei Verletzung anderer Bürgerpflichten, dem hiesigen Herzogl. Districtsgerichte zu. Mit der etwa nöthig werdenden gerichtlichen Verfolgung der Beschwerden wegen Con-
 traventionen gegen das Reglement und gegen die ergangenen ordnungsmäßigen Verfügungen, wird eine Person besonders beauftragt.

Art. 13.

Instanderhaltung der Armatur.

Die den Mitgliedern der Bürgergarde überlieferten Waffen und sonstigen Armaturstücke dürfen nur im Dienste gebraucht, und müssen stets im guten zweckmäßigen Stande erhalten werden. Diese letztere Bestimmung bezieht sich auch auf die eigenen Waffen der Bürgergardisten, namentlich also auf die Büchsen der Scharfschützen. Diese, wie die übrigen Mitglieder der Bürgergarde, haben sich daher der Maßregel zu unterziehen, daß ihre dem Dienste bestimmten Armaturstücke von Zeit zu Zeit durch die Officiere inspiciert werden, und liegt es den Adjutanten insbesondere ob, dafür Sorge zu tragen, daß diese Nachweisungen regelmäßig und angemessen vorgenommen werden.

Art. 14.

Mißbrauch der Dienstgewehre.

Sollte sich Jemand der gelieferten Dienstgewehre, außer im Dienste und auf Commando, zum Schießen, oder außerdem zu Zwecken, die dem Institute des Bürgermilitärs fremd sind, bedienen, so wird derselbe desfalls nicht nur dem Commando und der im

Art. 9. benannten Commission, sondern auch, unter Umständen, den Gerichten verantwortlich.

Art. 15.

Dienst der Bürgergarde.

Wenn nicht außerordentliche Umstände eine umfassendere Thätigkeit nothwendig machen, wird die Bürgergarde nur eine oder zwei Wachtstuben beziehen, und der Regel nach und bis auf Weiteres, von 5 Uhr Abends an Patrouillen machen und die überwiesenen Wachtposten besetzen. Bei der Stärke des Corps wird der Dienst Jeden monatlich etwa nur ein Mal treffen.

Sobald indeß das bekannte Alarmzeichen, nämlich drei mal drei Schläge an die Sturmglocke, gegeben wird, ist jedes Mitglied der Bürgergarde verpflichtet, sich auf seinem Alarmplatze, welcher jeder Compagnie im Voraus bezeichnet sein muß, ohne Verzug bewaffnet zu stellen, und bleibt die bisherige Verfügung in Kraft, daß das Alarmzeichen für jeden, der nicht zur Bürgergarde oder dem Herzogl. Militair gehört, zugleich das Zeichen ist, auf welches er sofort von der Straße sich zurückziehen muß.

Uebrigens bleibt es der im Art. 9. angeordneten Commission vorbehalten, den wirklichen Dienst der Bürgergarde nach den jedesmaligen Umständen auszudehnen oder einzuschränken, auch auf gänzliche einstweilige Einstellung desselben beim Stadt-Magistrate anzutragen. Bei dringenden Veranlassungen steht es jedoch dem Commandeur zu, eine außergewöhnliche Dienstleistung, worüber er sodann alsbald mit der Commission zu communiciren hat, anzuordnen.

Art. 16.

F o r t s e t z u n g.

Nur die höheren Staats- und Hof-Beamten, die Mitglieder des Stadt-Magistrats und der Herzogl. Polizei-Direction, die Magistrats- und Polizei-Diener, so wie, falls eine Feuersbrunst zum Ausbruche gekommen wäre, die Mitglieder des Lösch- und Ret-

tungsvereins, dürfen, unter den im vorigen Artikel angedeuteten Umständen, ungehindert die Straßen passiren, sie müssen aber mit ihren Abzeichen versehen sein.

Art. 17.

Wahlen der Officiere und Unterofficiere.

Der Commandeur der Bürgergarde wird, im Falle daß dieses Ehrenamt erledigt ist, von sämmtlichen zu diesem Zweck, unter dem Vorstehe des Magistrats-Directors, versammelten Officieren gewählt.

Die übrigen Officiere, außer den Adjutanten, so wie die Unterofficiere, werden von den resp. Compagnien durch Stimmenmehrheit erwählt und dem Stadt-Magistrate zur Bestätigung präsentiert.

Die zu wählenden Personen müssen Mitglieder der betreffenden Compagnie sein. Sind etwa mehrere Wahlen erforderlich, so sind solche einzeln nach einander und zwar so vorzunehmen, daß für die höhere Stelle zuerst gewählt wird, und gebührt bei den Wahlen der Capitains dem Commandeur, bei den der übrigen Officiere, so wie der Unterofficiere, dem betreffenden Capitain der Vorzug und die Leitung des Formellen. Die Stimme des Vorliegenden giebt bei Stimmen-Gleichheit den Ausschlag.

Wegen etwa erforderlicher Regulirung eines solchen Wahlgeschäfts entscheidet die deshalb aufzufordernde Commission.

Die Adjutanten erwählt der Commandeur nach seinem Gutbefinden, jedoch mit Vorbehalt der dem Stadt-Magistrate zustehenden Bestätigung.

Wird der Commandeur behindert, ein ihm obliegendes Wahlgeschäft selbst vorzunehmen, so läßt er sich durch einen der Adjutanten vertreten.

Art. 18.

Anciennetät der Officiere.

Da der Fall eintreten kann, daß bei starken Patrouillen und in anderen Fällen zwei Officiere von gleichem Range in Berührung kommen, so wird festgesetzt, daß alsdann, und

überhaupt bei jedem Zusammentreffen solcher Art, derjenige Officier das Commando hat, welcher der Ältere an Jahren ist. Ist jedoch die Anciennetät durch das Dienstalter schon bestimmt, so entscheidet dieses, ohne Rücksicht auf das physische Alter.

Art. 19.

Exercier-Übungen.

Niemand wird verkennen, daß es zur eigenen Sicherung der Bürgergarde überhaupt, und jedes Einzelnen insbesondere, nothwendig ist, daß jedes Mitglied des Corps wenigstens verstehe, mit dem Gewehre umzugehen, und die Bürgergarde nur dann mit Kraft und Nachdruck zu verfahren im Stande ist, wenn diese Waffe von Jedem gehörig gehandhabt werden kann. Eben so förderlich für die Vervollkommnung der Organisation und für die Wirksamkeit der Bürgergarde ist es, wenigstens einige Fertigkeit im Marschiren, im Schwenken und in den Wendungen sich zu eigen zu machen.

Deshalb wird hierdurch festgesetzt:

- 1) Jeder Officier und Unterofficier ist schuldig und verbunden, sich die nöthige Geschicklichkeit in dem Exercieren, besonders um darin unterweisen zu können, zu erwerben und die Commando-Wörter sich geläufig zu machen;
- 2) auch den Scharfschützen liegt die Verpflichtung ob, an den Exercier-Übungen Theil zu nehmen;
- 3) im Uebrigen wird zu dem guten, sich schon vielfach bewährt gezeigten Geiste der Bürgergarde das feste Zutrauen gehegt, daß sie sich willig zu den, mit gehöriger Rücksicht auf die bürgerlichen Verhältnisse zu bestimmenden Exercier-Übungen, einfinden wollen. In Bezug auf Ort und Zeit soll dieserhalb mit den Compagnien nähere Verabredung und Uebereinkunft getroffen werden, und obgleich die Theilnahme an diesen Übungen nicht füglich als Zwangspflicht für jetzt angeordnet werden mag, so wird doch
- 4) hierdurch ferner bestimmt, daß diejenigen Mitglieder der Bürgergarde, welche sich nicht wenigstens in Behandlung des Schießgewehrs die erforderliche Fertigkeit aneignen und darüber genügende Beweise ablegen würden, die Feurgewehre nicht als solche, sondern

nur als Stoß-Waffen gebrauchen dürfen. Zur Sicherung der Uebrigen müssen solche sich ausschließende Bürgergardisten besonderen Maßregeln sich unterwerfen, die, etwa vorkommenden Falls, durch die Commission bestimmt werden sollen.

Art. 20.

Wann die Bürgergarde sich mit scharfen Patronen zu versehen hat.

Wenn das Alarmzeichen gegeben wird, haben die Mitglieder der Bürgergarde eine an- noch zu bestimmende Anzahl scharfer Patronen mit sich zu bringen; dergleichen müssen auch diejenigen in den Patronentaschen mit sich führen, welche den gewöhnlichen Wacht- und Patrouillen-Dienst zu leisten haben.

Art. 21.

Communication des Commandeurs mit dem Chef des Herzogl. Militairs.

Die Bürgergarde handelt stets, wenn sie sich zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung versammelt, in Uebereinstimmung mit dem Herzogl. Militair, zu welchem Ende der Commandeur der Bürgergarde sich mit dem Chef des Herzogl. Militairs in Communication setzt.

Art. 22.

Abzeichen.

Als Abzeichen tragen die Officiere der Bürgergarde eine roth und weiße Schärpe, die übrigen Mitglieder eine rothe Cocarde im weißen Felde.

Art. 23.

Verhältnisse der Officiere in und außer Dienst.

Um den Zweck der Bürgergarde zu erreichen, ist es dringend erforderlich, daß deren Mitglieder den durch ihre eigene Wahl bestimmten Vorgesetzten in allen Dienstfachen pünctliche Folge leisten, wie auch diese verbunden sind, stets zu berücksichtigen, daß die ihnen untergebene Mannschaft aus Mitbürgern besteht. Außer dem Dienste ist das Verhältniß der Officiere ohne allen Einfluß auf die übrige bürgerliche Stellung jedes Einzelnen.

Die Officiere beziehen mit der dienstleistenden Mannschaft der Bürgergarde ein und dasselbe Wachtzimmer.

Art. 24.

Wer seine Officierstelle niederlegt, tritt als Gardist ein.

Wer von dem Dienste als Officier oder Unterofficier dispensirt wird, tritt wieder unter die Mannschaft ein, insofern er nicht, aus zureichenden Gründen, auf Befreiung Anspruch hat.

Art. 25.

Wie die Aufrechthaltung des Reglements bewirkt wird.

Zur Aufrechthaltung des Reglements sollen auf den Vorschlag der Commission besondere Strafbestimmungen festgesetzt und solche zur höchsten Genehmigung vorgelegt werden.

Auch soll außerdem darauf angetragen werden, daß das Herzogl. Districtsgericht hieselbst die Anweisung erhalte: bei Entscheidungen in Bürgergarde-Angelegenheiten nach diesem Reglement, nach den ferner sanctionirt werdenden Zusätzen, so wie unter sorgfältiger Berücksichtigung mit den eben beregten Strafbestimmungen zu verfahren, und dergleichen Sachen im summarischen Proceßgange zu behandeln.

Art. 26.

Aufhebung der frühern, den Dienst der Bürgergarde betreffenden Anordnungen.

Alle früherhin wegen der Bürgergarde bekannt gemachten Anordnungen werden hiemit aufgehoben, und ist gegenwärtiges Reglement, vom Tage der Publication an, allein gültig.

Art. 27.

Wie die Vervollkommnung des Reglements bewirkt werden soll.

Die Vervollkommnung der hierdurch bestimmten und bestehenden Einrichtungen wird von der im Art. 9. erwähnten Commission in Berathung gezogen, und werden deren Vorschläge dem Stadt-Magistrate zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt.

Vorstehendes Reglement ist mittelst höchsten Rescripts vom 3ten Decbr. d. J. bestätigt, und wird dasselbe hiermit zur Nachachtung bekannt gemacht.

Braunschweig, den 7ten Decbr. 1830.

Der Stadtmagistrat hieselbst.

Bode. Stiffer. Fr. Langerfeldt. D. Ernst Meier.

